Bund Deutscher Kriminalbeamter

Polizisten im Nordosten immer häufiger krank – handeln oder weiter diskutieren?

23.09.2014

Und wieder schreckt eine erneute Meldung über zunehmende Krankmeldungen in unserer Landespolizei die Leser auf. Nur in den Jahren 2011 bis 2013 stieg die durchschnittliche Zahl der Krankentage bei den Polizeibeamten von 27,6 auf 36,7 Tage. Doch wirklich neu ist die Nachricht nicht. Die Gewerkschaften haben wiederholt die zu hohen und steigenden Krankenstände kritisiert.

Stritt man zunächst noch über die Statistiken, dürfte heute allen Beteiligten klar sein, dass die Zahlen bei weitem zu hoch sind. Dabei sind die Ursachen wohl klar oder liegen auf der Hand:

- eine überalterte Landespolizei,
- der dramatische Personalabbau,
- die steigende Aufgabenzuweisung,
- Suchterkrankungen,
- zahlreiche Überstunden,
- fehlende Transparenz bei Entscheidungen,
- missliche Reformversuche,
- Mobbing oder ähnliche Verhaltensweisen.

Es gilt, den Ursachen der Erkrankungen weiter entgegenzuwirken. Nicht ohne Grund haben wir in der Landespolizei bereits Suchtkrankenhelfer und Soziale Ansprechpartner bestellt, die bereits mitwirken, Krankheiten vorzubeugen oder deren Folgen abzumildern. Doch weitaus mehr kritisieren unsere Beschäftigten die sie persönlich treffenden Folgen der Polizeistrukturreform, die häufig wenig transparenten und Verständnis findenden Entscheidungen von Vorgesetzten, das offenbar zunehmende Mobbing, das fehlende Personal oder die geringen Entwicklungschancen in der Landespolizei.

Solange diese kritisierten und inakzeptablen Umstände nicht geändert bzw. beseitigt werden haben sie zur Folge, dass immer mehr Tarifbeschäftigte und Polizisten die Motivation verlieren oder auch innerlich kündigen bzw. krank werden. Wir vergessen nicht, dass bei den Krankschreibungen auch persönlich verschuldete, unfallbedingte und nicht zu verhindernde Krankheiten die Statistiken beeinflussen. Aber der riesige Abstand zwischen dem Bevölkerungsdurchschnitt von etwa 13 Krankentagen im Vergleichszeitraum und den Krankschreibungen unserer Beschäftigten spricht deutlich für ein schnelles Eingreifen und Entgegenwirken.

Hier ist unser Innenministerium gefordert, vielleicht mit einem Maßnahmeplan, zu reagieren. Auf unsere Hilfe kann dabei jederzeit gesetzt werden.

Schlagwörter
Mecklenburg-Vorpommern
diesen Inhalt herunterladen: PDF